

Mehrheit will wieder Kleinklassen

Tages-Anzeiger, 20.1.2023

Tamedia-Umfrage Die integrative Förderung in den Zürcher Schulen hat an Zuspruch verloren. Schwierige Kinder sollten wieder separiert werden, findet eine Mehrheit. Auf die Frage «Sollen Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen wieder in Kleinklassen eingeteilt werden?» antworteten 67 Prozent mit Ja oder Eher ja. (*red*)

Seite 17



Alle sind beisammen, sei es beim Singen in der Turnhalle wie auf diesem Bild oder in der Klasse im Unterricht – so will es das Zürcher Volksschulgesetz. Foto: Sabine Rock

Für Wiedereinführung der Kleinklassen

Tamedia-Wahlumfrage Die integrative Förderung in den Schulen hat an Zuspruch verloren. Schwierige Kinder sollten wieder vermehrt separiert werden, findet eine Mehrheit der Zürcherinnen und Zürcher.

Daniel Schneebeli

Es war eine der grossen Errungenschaften des neuen Zürcher Volksschulgesetzes, das im Jahr 2005 mit mehr als 70 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde: die integrative Förderung. 17 Jahre später hat die Integration einen so schlechten Ruf, dass sich die Mehrheit eine Rückkehr zu mehr Separation und zu mehr Kleinklassen wünscht.

In der Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Sotomo im Auftrag von Tamedia um den Jahreswechsel gemacht hat, befürwortet die grosse Mehrheit von über 8800 Befragten eine Aufhebung der integrativen Förderung. Auf die Frage «Sollen Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen wieder in Kleinklassen eingeteilt werden?», antworteten 67 Prozent mit Ja oder Eher ja. Nur 27 Prozent kreuzten Nein oder Eher nein an.

Mit Ausnahme der Alternativen Liste spricht sich die Wählerschaft von allen Parteien gegen die integrative Förderung aus. Am grössten ist die Skepsis bei den Freisinnigen. 83 Prozent der FDP-Wählerinnen und -Wähler sind für die Rückkehr zu den Kleinklassen. Selbst in der grünen Wählerschaft kommt eine Mehrheit von 53 Prozent zusammen.

In der Praxis schwieriger als gedacht

Im Volksschulgesetz von 2005 ist der Grundsatz verankert, dass alle Kinder wenn möglich in eine Regelklasse zu integrieren sind, also auch Kinder mit körperlichen und geistigen Defiziten.

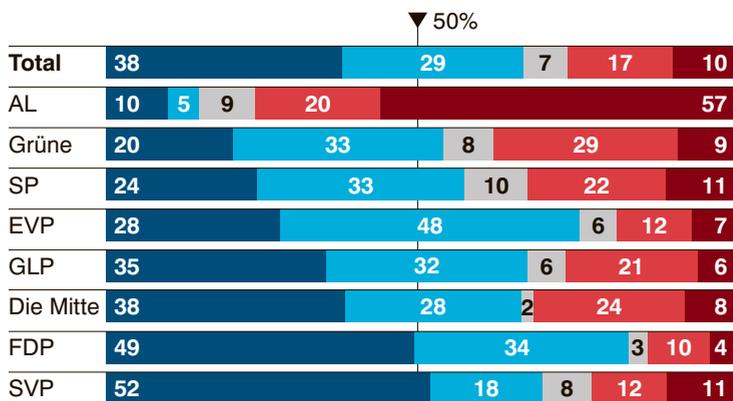
Die Zahl der Kleinklassen, in denen diese Kinder zuvor meist zur Schule gingen, wurde nach der Abstimmung drastisch reduziert, in der Stadt Zürich wurden sie sogar ganz abgeschafft. Sonderpädagogen und Sozialarbeiterinnen sollen die Kinder mit

Ja zur Aufhebung integrativer Förderung

Total 8836 Antworten, in Prozent (gerundet)

«Sollen Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen wieder in Kleinklassen eingeteilt werden (Aufhebung der integrativen Förderung)?»

■ Ja ■ Eher ja ■ K. A. ■ Eher nein ■ Nein



Grafik: mre, sch / Quelle: TA-Umfrage, Sotomo. Umfragetage: 27.12.2022–3.1.2023

besonderen Bedürfnissen so weit unterstützen, dass die reguläre Schulung mit ihnen möglich ist.

In den Kleinklassen waren die schwierigen oder leistungsschwachen Kinder unter ihresgleichen. Dort konnten sie zwar in ihrem Tempo lernen, doch sie wurden auch zu Sonderfällen, verloren den engen Kontakt zu ihren früheren Klassenkameraden. Und später war es für sie meist schwierig, in normalen Klassen wieder Anschluss zu finden.

In der Praxis erwies sich ihre Integration jedoch als schwieriger als gedacht. Viele Lehrerinnen und Lehrer waren überfordert, Eltern unzufrieden, weil die Klassen unruhiger und die Kinder abgelenkt waren. In den vergangenen Jahren hat sich zudem der Mangel an Heilpädagoginnen massiv zugespitzt, was die Sache nicht leichter macht.

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) will trotz grosser Skepsis am Grundsatz der

Integration festhalten, wie Präsident Christian Hugli auf Anfrage sagt. Eine Rückkehr zu den Kleinklassen gäbe zwar eine gewisse Entspannung, schaffe aber mit der Separation neue Probleme.

Es sei für ihn persönlich zwar verständlich, wenn sich Lehrpersonen und Eltern die alten Zeiten zurückwünschten, aber: «Mit alten Rezepten können wir die Herausforderungen der neuen Zeit nicht bewältigen.» Heute werde von den Schulen eine möglichst individualisierte Förderung der Kinder verlangt.

Im Vergleich zum Kleinklassenzeitalter seien die Ansprüche der Eltern gestiegen und die Frustrationstoleranz vieler Kinder gesunken.

Weitermachen wie bis anhin könne man aber nicht, sagt Hugli. Es brauche bessere Rahmenbedingungen, zum Beispiel mit generell kleineren Klassen oder mit mehr Personal. So wäre es «mit den derzeit sehr grossen

Die Methode

Die Wahlumfrage wurde vom Meinungsforschungsinstitut Sotomo im Auftrag von Tamedia zwischen dem 27. Dezember 2022 und dem 3. Januar 2023 online durchgeführt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 8836 im Kanton Zürich stimmberechtigten Personen übernommen werden. Da die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ ist, wurde den Verzerrungen mittels statistischen Gewichtungsvorgang entgegengewirkt. Damit wurde eine hohe Repräsentativität der Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler beträgt noch +/-1,5 Prozentpunkte. (sch)

Klassen» wünschenswert, pro Klasse zwei Lehrpersonen einzustellen, so Hugli. Dass Letzteres kaum möglich ist bei dem herrschenden Lehrkräftemangel, kommentiert er mit den Worten: «Das ist tatsächlich ein Dilemma, deswegen fokussieren wir auf mehr Zeit für die Klassenlehrperson und den Unterricht.»

SP und FDP präsentieren Stabilisierungsprogramme

Die SP hat eine Umfrage bei rund 4500 Lehrerinnen und Lehrern zum Lehrermangel durchgeführt. Fast 3000 haben daran teilgenommen. Die Sozialdemokraten haben aus den Antworten einen 10-Punkte-Plan erarbeitet mit dringlichsten Massnahmen – die Rückkehr zu den Kleinklassen gehört nicht dazu.

Dafür schlägt die SP unter anderem Time-out-Lösungen und obligatorische Schulsekretariate vor. Letzteres, um die Lehrerinnen und Lehrer von administra-

tiver Arbeit zu entlasten. Zudem soll den Klassenlehrpersonen mindestens doppelt so viel Zeit für die Klassenführung zugestanden werden als heute.

Der freisinnige Regierungsratskandidat Peter Grünenfelder hat den Medien zusammen mit freisinnigen Bildungspolitikerinnen einen 7-Punkte-Plan «zur Stabilisierung der Volksschule» präsentiert. Auch bei ihm fehlt die Rückkehr zu den Kleinklassen im Programm. Er präzisierte allerdings an der Medienkonferenz, die interaktive Förderung an den Schulen sei in der heutigen Form gescheitert.

Anders als der 10-Punkte-Plan der SP soll Grünenfelders «Stabilisierung» ohne Zusatzkosten auskommen. Auffälligste Forderung: ein neues Mindestpensum von 50 Prozent für Lehrerinnen und Lehrer. Derzeit liegt es bei 35 Prozent.

Bildungsdirektorin verteidigt Integration

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Die Mitte) gesteht auf Anfrage: «Die Integration ist anspruchsvoll.» Trotzdem bleibe sie der richtige Ansatz, der im Übrigen nicht nur vom Volksschulgesetz verlangt werde, sondern auch von der UNO-Kinderrechtskonvention und der UNO-Behinderntenkonvention.

Weiter streicht sie hervor, dass Kleinklassen im Kanton Zürich im Unterschied zu anderen Kantonen nicht verboten seien. Die Bildungsdirektion berate Schulen, welche sogenannte Schulinseln oder Time-out-Lösungen für akute Problemfälle erproben wollten. Die Bildungsdirektorin hält aber fest, dass eine Separierungslösung niemals endgültig sein sollte. «Die Integration von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten auf nach der Schulzeit zu verschieben, ist nicht sehr erfolgsträchtig.»